

von 38 Jahren, die es hinaus in die Welt gezogen hat. Mitte der neunziger Jahre werden Rudolf Ballhausen, heute 78, und der inzwischen 53-jährige Dieter Brämer schlagartig an die Schicksalsnacht im Dezember 1971 erinnert. Sie treten als Zeugen bei einem Prozess gegen ehemalige Grenzzoffiziere in Erfurt auf. Dass es dazu kam, hat wieder mit der Zentralen Erfassungsstelle und den Protokollanten der Teilung zu tun.

So sieht es jedenfalls Oberstaatsanwalt Hans-Jürgen Grasemann, der in den späten achtziger Jahren Vizechef der Behörde war. Die Jahre in Salzgitter haben ihn geprägt. Im Prinzip hat er den damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, gut verstanden, als der am 5. September 1961 nur wenige Wochen nach dem Mauerbau seine Ministerpräsidentenkollegen in einem Fernschreiben um Hilfe bat, „allen Anhängern und Dienern des Panzerwörpers eindeutig vor Augen zu führen, dass ihre Taten registriert und sie einer gerechten Strafe zugeführt werden“. Brandt verglich die zu schaffende Behörde mit der Ludwigsburger Einrichtung, die Naziverbrechen aufarbeitete. Er schrieb: „Wegen der nahezu völligen Identität der jetzt vom SED-Regime in der Zone und in Ostberlin angewandten Methoden mit denen des Nationalsozialismus dürfte die Ludwigsburger zentrale Stelle für die nunmehr erforderlichen Ermittlungen besonders gut geeignet sein.“ Ob sich der Entspannungspolitiker Brandt an diese Sätze noch erinnerte? Wer würde einen solchen Vergleich heute noch wagen?

Für Grasemann war Salzgitter das „Archiv des Unrechts“ schlechthin. Und das, obwohl man sich juristisch gesehen oft genug mit symbolischen Handlungen begnügen musste. Die abgeordneten Staatsanwälte aus den Ländern ermittelten oft gegen unbekannt, kannten bei Zwischenfällen an der Grenze allenfalls das Regiment oder die Einheit, selten den Schützen. In den meisten Fällen fehlten Unterlagen von DDR-Seite, die das ganze Verbrechen hätten erhellen können. Zudem konnte nur in der Bundesrepublik Anklage erhoben werden. Dennoch ging es darum, alles zu wissen, um für den Tag X gewappnet zu sein. Man stützte sich auf Ermittlungen des Bundesgrenzschutzes, des Zolls und letztlich auf die Aussagen freigekaufter



Die Bild-Zeitung berichtete im Dezember 1971 über die kühne Rettung im Todesstreifen

Häftlinge. „Wir hatten nie das Gefühl, für den Papierkorb zu arbeiten. Gerade von politischen Gefangenen habe ich immer wieder gehört, wie wichtig Salzgitter für die Inhaftierten in der DDR war. Die wussten, es gibt im Westen eine Dienststelle, die schreibt die Misshandlungen auf. Die Opfer haben sehr nüchtern in den Polizeiprotokollen geschildert, was sie erlebt hatten – nie mit Herzblut, nie mit Schaum vorm Mund.“

Kaum eine Behörde spaltete das politische Lager der Bundesrepublik so sehr wie Salzgitter. Dorothee Wilms, die letzte Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, sieht das Jahr 1984

als Zeitpunkt, an dem sich der parteiübergreifende Konsens auflöste. „Die SPD-Bundestagsfraktion bereitete ihr Sicherheitspapier mit der SED vor und hielt die Erfassungsstelle für nicht mehr zeitgemäß. Die Länder Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Bremen stiegen aus der Finanzierung aus. Viele Sozialdemokraten taten sich schwer mit dem Gedanken, die DDR weiterhin als totalitären Staat anzusehen“, sagt Frau Wilms. Dabei stand Salzgitter für keine Bundesregierung je zur Disposition, weder für Kohl noch für seinen Vorgänger Helmut Schmidt. Immer wieder, wenn DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker seine berühmten vier Forderungen wiederholte – Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, Neuregelung der Elbgrenze und eben die Auflösung der Erfassungsstelle – hatte er mit einem harten Veto aus Bonn zu rechnen.

Noch zu Beginn des Jahres 1989 stellten Schleswig-Holstein und Westberlin die Zahlungen für Salzgitter ein. Der damalige Berliner Regierende Bürgermeister Walter Momper kann darin noch immer keinen Fehler entdecken: „Das war damals eine Mode der Zeit. Der Nutzen von Salzgitter war nicht besonders groß, denn niemand wusste doch, wann die Wiedervereinigung kommen würde. Es war sozialdemokratisches Allgemeingut, dass man im Zuge der Entspannungspolitik hier der DDR am ehesten nachgeben konnte. Das sehe ich auch heute noch so.“ Auch Hans-Otto Bräutigam, in den achtziger Jahren Ständiger Vertreter in Ostberlin, attestiert Salzgitter „eine geringe praktische Bedeutung, weil sie registrierte, was passierte, Strafverfahren aber nicht



### Salzgitter-Deal

Zwei Saarländer halten zusammen, auch wenn die Menschenrechte dran glauben müssen. Oskar Lafontaine (rechts) gehörte mit seinen Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg zu den ersten SPD-Ministerpräsidenten, die noch ein Jahr vor dem Mauerfall Erich Honecker den Gefallen taten und sich aus der Finanzierung der siebenköpfigen Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter verabschiedeten. Es ging um 3506 D-Mark!